Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 296. | Dresden, Freitag den 21. Dezember 1917. | 28. Jahrg.

Die Opposition in England.

Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler. — Kühlmanns Abreise. — Französische Erbitterung gegen Rußland. — Entente-Umtriebe in der Ukraine.

Richtlinien für die Friedensverhandlungen.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet:

Der Herr Reichskanzler empfing heute nachmittag Vertreter sämtlicher Reichstagsparteien zu einer vertraulichen Aussprache über die durch den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland geschaffene politische Lage. Der Herr Reichskanzler teilte mit, daß der Kaiser ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt und daß er den Staatssekretär v. Kühlmann als Unterhändler bestellt habe. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab einen Ueberblick über den geplanten Gang der zukünftigen Verhandlungen und legte die Gesichtspunkte dar, von denen die Regierung sich dabei leiten lassen wird. Nach eingehender Aussprache wurde die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs dargelegten allgemeinen Richtlinien festgestellt. Man einigte sich ferner dahin, daß die nächste Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 3. Januar stattfinden soll.

•

Wie die Voss. Ztg. ergänzend mitteilt, haben in der Besprechung der Fraktionsführer mit dem Reichskanzler die Vertreter der beiden extremen Parteien Graf Westarp und Abg. Haase in Nebenfragen Kritik an der Regierungserklärung geübt, sich aber ihr grundsätzlich ebenso wie die übrigen Parteiführer angeschlossen.

Die Teilnehmer an den gestrigen Besprechungen beim Reichskanzler gingen, wie dem Lokalanzeiger aus Reichstagskreisen mitgeteilt wird, mit dem Gefühle auseinander, daß mit dem russischen Volke, wenn auch nur langsam und allmählich, so doch schließlich eine beide Teile befriedigende Einigung über einen allgemeinen Frieden sich erlangen lassen dürfte.

Die Morgenpost schreibt: Die Uebereinstimmung der Regierung mit den Vertrauensmännern der Volksvertretung gibt uns die Gewähr, daß in Brest-Litowsk eine für das deutsche Volk ersprießliche Arbeit geleistet wird.

Die Meldung, daß Dr. Delbrück an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen werde, wird jetzt auch in der Nordd. Allg. Ztg. als irrtümlich bezeichnet.

•

Abreise Kühlmanns. — Die türkischen Unterhändler.

tu. **Berlin**, 21. Dezember. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Kühlmann, ist heute nacht kurz nach 12 Uhr nach Brest-Litowsk abgereist. Vorher fuhr der türkische Minister des Aeußern Ahmet Nessimi Bei, der türkische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Reschid Hikmet Bei, der Botschafter in Berlin Hakki Pascha und der Botschaftsattachee Urhan Bei gestern abend zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk ab.

•

Russische Friedensboten.

Amsterdam, 20. Dezember. Ein hiesiges Blatt meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Gestern ist die russische Abordnung zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk abgereist. Sie besteht aus dem nationalistischem Professor Polrowsky, dem Diplomaten Dobrowolski, dem Admiral Luanow und dem Finanzmann Obolenski.

•

Die Wut in Frankreich.

wtb. **Bern**, 20. Dezember.

Die heutige französische Presse veröffentlicht den Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages in extenso. Alle Blätter widmen der Tatsache lange Besprechungen, in denen die in Frankreich herrschende Nervosität klar zum Ausdruck kommt. Die meisten Zeitungen ergehen sich in wütenden Beschimpfungen gegen die Maximalisten, allen voran Homme libre, der sich erklärt, der Waffenstillstand sei die erste Folge des infamen Verrats Lenins. Die Bolschewiki hätten die schwerste Verantwortung auf sich genommen, indem sie den Vertrag namens der russischen Regierung unterzeichneten. Der Matin vertröstet. Die Maximalisten seien nicht ganz Rußland. Immerhin werde man ein wagemutiges Manöver Deutschlands erleben, das der maximalistischen Regierung einen Anschein von Gesetzlichkeit zu verleihen trachten werde. Das Journal schreibt: Von den Maximalisten könne man alles erwarten. Aber das deutsche Manöver übersteige an Kühnheit alles, was man von den Männern erwarten konnte, die gewohnt seien, Tatsächlichkeiten zu handhaben. Man stehe tatsächlich Friedensverhandlungen gegenüber. Die Räumung Persiens und

Gescheiterte italienische Gegenangriffe.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Dezember 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern blieb bei dichtem Nebel die Artillerietätigkeit meist gering. Nördlich von der Straße Ypern—Menin trat am Nachmittag erhebliche Feuersteigerung ein. In erfolgreichem Erkundungsgefecht südlich von Houlebeke wurde eine Anzahl Engländer gefangen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Bei Mirzach, südlich von Altkirch, fielen bei gelungenem Vorstoß in die französischen Linien 31 Gefangene in unsere Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Siebenmal stürmten italienische Kräfte gegen die von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Tagen erkämpften Höhen westlich vom Monte Arcsone, dreimal gegen den Monte Pertica an. Alle Angriffe scheiterten unter schweren Verlusten.

Gleichen Mißerfolg hatte ein feindlicher Angriff am Monte Solarole.

Lebhaftes Feuer hielt während der Nacht und am frühen Morgen in den Kampfabschnitten an.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

---

der Türkei durch die russischen Truppen sei Verrat gegen die britische Armee in Mesopotamien. Hier seien schon die schlimmsten Wirkungen eines Sonderfriedens verwirklicht. Echo de Paris schreibt: Die Anwesenheit Dr. v. Kühlmanns sei ein Anzeichen dafür, daß Deutschland wichtige wirtschaftliche Abmachungen mit den Russen vorhabe. Der Temps hält es für sicher, daß die Friedensverhandlungen bald zu einem Ziele gelangen werden, denn Dr. v. Kühlmann und Graf Czernin würden nicht ihren Ruf aufs Spiel setzen, wenn sie nicht die Gewißheit des Gelingens besäßen. Der Temps fordert, falls die Maximalisten wirklich Verräter seien, sollte man sie entlarven; andernfalls sollte man ihnen erklären, daß die alliierten Regierungen einen gerechten Frieden wollten und Rußland durch einen Sonderfrieden eine nutzlose, unheilvolle Handlung begehen würde.

Balfours Verlegenheitsrede.

Im englischen Unterhause hat die angekündigte große Debatte über die Kriegspolitik des Ministeriums Lloyd George stattgefunden. Soweit die vorliegenden Berichte erkennen lassen, hat sich Lloyd George auf Erklärungen über die Nahrungsmittelnot beschränkt und die Behandlung der Kriegsfragen seinen Ministerkollegen Balfour und Lord Cecil überlassen. Durch das Reuterbureau werden bisher ausschließlich die Reden der Minister verbreitet. Ueber das, was die Kritiker der Regierung gesagt haben, erfahren wir vorläufig noch fast nichts. Aus Meldungen der holländischen Presse geht jedoch hervor, daß die Angriffe gegen die Regierung überaus stark und mannigfaltig waren. Einerseits gingen die Pazifisten, wie Trevelyan und Ponsonby, gegen die Politik der Regierung vor. Außerdem aber zeigte sich eine sehr starke Opposition gemäßigter Politiker, die bisher im weitesten mit der Regierung gegangen waren. Der liberale Daily Chronicle berichtet, die Debatte sei durch Sir William Collins mit einer Rede eröffnet worden, die sowohl wegen ihrer Geschicklichkeit als auch wegen ihrer Mäßigung und Beredtsamkeit bemerkenswert war. Balfour habe in seiner Antwort diese Rede vollständig außer acht gelassen und sich auf Ponsonby, den er offenbar wegen seines Pazifismus als geeignete Beute betrachte, gestürzt. Es sei bemerkenswert, daß in der weiteren Debatte eine Anzahl einflußreicher Abgeordneter, denen man durchaus nicht Pazifismus vorwerfen könne, von der Regierung allen Ernstes eine neue Feststellung der Kriegsziele verlangte, darunter, außer Sir William Collins, Lord Henry Kontinck, Rendall, Leutnant Wedgewood, Noel Buxton und John Wilson. Sie alle hätten darauf gedrungen, daß das Kabinett seinen imperialistischen Ehrgeiz fallen ließe und an den englischen ursprünglichen uneigennützigen Kriegszielen festhalten und die Idee eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege ablehnen möge.

London, 19. Dezember. (Reuter.)

Ponsonby griff im Unterhause die Diplomatie Englands und seiner Alliierten scharf an und erklärte, die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten stimmten nicht mit den Vorschlägen in den Geheimverträgen überein.

In seiner Antwort betonte Balfour, die kriegspolitischen Aeußerungen des Präsidenten Wilson und die Gedanken verschiedener Führer in England schienen ihm durchaus in einheitlichem Geiste gehalten zu sein. Balfour bezog sich auf die vielen Aeußerungen zur Kriegspolitik seitens der Mitglieder der früheren und der jetzigen Regierung, die stets im selben Sinn gesprochen hätten und die großen Ziele, für welche Belgien, Italien ohne selbstsüchtige Beweggründe kämpfe, mit vollkommener Klarheit ausgedrückt hätten, und fuhr fort:

Wie kommt Ponsonby zur Anwendung so offenbar grober Kunstgriffe? Doch nur, weil er alles zu tun wünscht, was die Politik unserer Feinde unterstützen kann, deren hauptsächliches Mittel zur Stimmungsmache in ihrem eigenen Lande und in Rußland das gewesen ist, unsere Ziele als selbstsüchtig und imperialistisch hinzustellen und zu behaupten, daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschen; aber es gibt keine größere Verkehrung der Tatsachen. Ponsonby hat gesagt, das Auswärtige Amt und das Kriegskabinett seien ungeschickt gewesen und hätten Rußland daran gehindert, auch in diesem Augenblick noch mit vollem Herzen auf seiten der Alliierten zu stehen. Die russische Revolution sei hier im Lande und von der Regierung so kaltherzig begrüßt worden, daß die ganze Zukunft unserer Beziehungen zu Rußland höchstwahrscheinlich dahin wäre.

Ich kann mich dafür verbürgen, daß, soweit Regierung und Unterhaus in Betracht kommen, das Ende der üblen Autokratie in Rußland mit warmer Begeisterung und lebhaften Hoffnungen begrüßt wurde, die leider anscheinend bis heute wenig gerechtfertigt sind. Die Konferenz über die Kriegsziele wurde von der englischen Regierung nicht abgelehnt; es lagen da ungeheure Schwierigkeiten vor. Auf alle Fälle wurde, wie ich denke, von allen kriegführenden Mächten zu einer gewissen Zeit und besonders stark von der russischen Regierung selbst empfunden, daß dieser oder jener Augenblick für diese besondere Erörterung nicht günstig ist, daß vielmehr nicht so sehr eine Aussprache über die Kriegsziele wünschenswert ist, wie eine solche über die Kriegsmethoden. Den Krieg zu fördern, das ist das nächste und wesentlichste Interesse. Ponsonby scheint zu denken, daß wir eine ungerechtfertigte, ja verbrecherische Geheimhaltung unseres Verfahrens zugestanden hätten, und daß wir bei unseren Erklärungen, betreffend die Selbstlosigkeit unserer Ziele, mit denen wir in den Krieg eintraten, unser Volk und die Mittelmächte getäuscht und etwas getan hätten, was Ponsonby als Befleckung der Ehre unseres Landes bezeichnet hat. Unsere Erklärungen, betreffend die Uninteressiertheit, mit der wir in den Krieg eingetreten sind, waren Erklärungen über die Politik unseres Landes; es war aber nicht unsere Sache, die Absichten derer, mit denen wir zusammen wirkten, zu erörtern, vielmehr wäre es eine grobe Unterschlimmheit gewesen, ihre Beweggründe zu kritisieren. Wir haben kein Abkommen über Konstantinopel getroffen, um irgendeinen imperialistischen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Der Gedanke war über die Maßen töricht und muß jedem so erscheinen, der nur die oberflächlichste Kenntnis der Geschichte der englischen Politik im nahen Osten besitzt. Aus ihr geht klar hervor, daß die Aushändigung Konstantinopels an die Russen vom imperialistischen Gesichtspunkt aus eine Sache ist, in die sich englische Staatsmänner wohl gefügt hätten, die sie aber sicherlich niemals selbst anregen oder widerstrebenden Alliierten aufdrängen würden.

Ponsonbys nächster Punkt betraf Persien. Er setzte voraus, daß die Einflußgebiete in Persien der Unabhängigkeit dieses Landes widerstreiten und ein großes Unrecht eines Starken gegenüber einem Schwachen darstellten, was mit den besten Ueberlieferungen englischer Staatskunst unvereinbar sei. Das ist nicht meine Ansicht. Der englisch-russische Vertrag, der von der damaligen konservativen Opposition mit starkem Mißtrauen angesehen wurde, ist als ein großer, liberaler Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern durchgeführt worden.

Ich komme nunmehr zu Italien. Es verdient und verdient von Rechts wegen, daß eine andere Gebietseinteilung zu seinen Gunsten stattfindet. Inwiefern wären wir Ihnen zu Gefallen, wenn wir uns für diese großen und allgemein gehaltenen Ideale einsetzten? Trifft nicht dasselbe für Polen und für Elsaß-Lothringen zu? Ueber Elsaß-Lothringen müßte ich folgendes sagen: Ponsonby denkt, wir hätten das französischen Botschafters Doumergue Schritte in Petersburg kennen müssen; und er denkt das schon infolge der Angabe, daß dieses nach London telegraphiert wurde. Aber das ist nicht der Fall. (Ponsonby ruft: doch! Die Depesche beginnt: „Abschrift an London, Vertraulich.") Balfour fuhr fort: Wenn London heißt: „Englisches Auswärtiges Amt", so ist die Depesche nicht an das Auswärtige Amt gekommen. Sie mag vertraulich an den französischen Botschafter Paul Cambon gesandt worden sein: doch davon weiß ich nichts. Wir haben zu jener Zeit nie etwas davon gehört und niemals unsere Zustimmung dazu ausgesprochen. Ich glaube auch nicht, daß dieses die Politik der verschiedenen französischen Regierungen gewesen ist, die während des Krieges amtiert haben. Wir wünschten niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Stück Deutschland vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängiger Republik oder Regierung, irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Das war niemals ein Teil der Politik der königlichen Re-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171221/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG